

Chronic lymphocytic leukaemia: an overview of aetiology in light of recent developments in classification and pathogenesis. *Br J Haematol* 139:672-686.
Möhner M, Lindtner M, Otten H, Gille H-G. 2006. Leukemia and Exposure to Ionizing Radiation Among German Uranium Miners. *Am J Ind Med* 49:238-248.
Rericha V, Kulich M, Rericha R,

Shore DL, Sandler DP. 2006. Incidence of leukemia, lymphoma, and multiple myeloma in Czech uranium miners: a case-cohort study. *Environ Health Perspect* 114:818-822.
Richardson DB, Wing S, Schroeder J, Schmitz-Feuerhake I, Hoffmann W. 2005. Ionizing radiation and chronic lymphocytic leukemia. *Environ Health Perspect*

113:1-5.
Romanenko AYe, Finch SC, Hatch M, Lubin JH, Bebesko VG, Bazyka DA, Gudzenko NK, Babkina NG, Belyayev Y, Masnyk I, Ron E, Howe GR, Zablotska LB. 2008. The Ukrainian-American Study of Leukemia and Related Disorders among Chernobyl Cleanup Workers from Ukraine: III. Radiation Risks.

Radiation Research. 711-720.
Schubauer-Berigan MK, Daniels RD, Fleming DA, Markey AM, Couch JR, Ahrenholz SH, Burphy JS, Anderson JL, Tseng C-Y. 2007. Chronic lymphocytic leukaemia and radiation: findings among workers at five US nuclear facilities and a review of the recent literature. *Br J Haematol* 139:799-808. ●

Atommüll-Endlagerung

„Die Vor-Festlegung auf Gorleben wird weiter festgezurr“

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg beendet den Dialog über Endlagerkriterien.

Konsterniert verließ Gerhard Harder, Vorsitzender der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), am vorletzten März-Wochenende 2009 die Fachtagung des Bundesumweltministeriums (BMU) in Berlin, auf der in beschränktem Kreis über die Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle debattiert wurde. „An einer völlig unverbindlichen Debatte über Sicherheitskriterien wird sich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) nicht weiter beteiligen“, erklärte Harder. Die BI forderte „ein offenes, transparentes Suchverfahren. Das impliziert nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik einen Standortvergleich.“ Ohne eine solche Prämisse mache die Beteiligung am Diskurs aus Sicht der Bürgerinitiative keinen Sinn. Doch die Atomkraftgegner blitzten mit ihrem Anliegen auf der Tagung ab. Moniert wurde von der BI außerdem, daß das BMU erst zu Beginn der Tagung eine überarbeitete Fassung ihrer Sicherheitskriterien vorgelegt hatte, die die Tagungsteilnehmer – weil unvorbereitet – im Schnelldurchgang zur Kenntnis nehmen mußten.

Zum Monatswechsel Oktober/November 2008 hatten zuvor

auf Einladung des BMU über 350 Fachleute, Politiker und Verbandsvertreter in Berlin über geologische, planerische, politische und ethische Aspekte der Atommüllendlagerung debattiert¹. In einem kleineren, ausgesuchten Kreis sollte die Debatte jetzt fortgesetzt werden und die Teilnehmerzahl wurde auf 50 Personen reduziert. Aus dem Wendland reiste jedoch eine starke Fraktion an, Vertreter der Deutschen Gesellschaft zu Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), Kommunalpolitiker und Atomkraftgegner stellten ein Drittel der Diskutanten.

„Bei jeder Formulierung wird von allen Seiten der Salzstock Gorleben als Endlagerstandort mitgedacht“, kritisiert die Umweltinitiative. Auf den ersten Blick blendeten die Endlagerkriterien zunächst als kühn und sicherheitsorientiert, doch der Verzicht auf eine doppelte geologische Barriere mit der Einführung des „einschlusswirksamen Gebirgsbereichs“ als einziger Barriere, die den Einschluß des hochradioaktiven Mülls über eine Million Jahre gewährleisten soll, sei angesichts der aktuellen Debatte um Laugenzuflüsse in

¹ s. Strahlentelex 526-527 vom 4.12.2008, www.strahlentelex.de/Stx_08_526_S06-07.pdf

der Asse II und in Gorleben ein Vabanquespiel. Es gebe auch keinen nachvollziehbaren Plan, wie ein solches Lager gegen künftige menschliche Ein- und Zugriffe wirksam geschützt werden kann bzw. wie über einen solchen atemberaubenden Zeitraum kommunizierbar sein soll, daß radioaktiver Müll an jenem Ort versenkt wurde. „Verantwortungsvolles Handeln ist nicht gleichbedeutend mit technischer Machbarkeit, es setzt vor allem voraus, daß auf die weitere Nutzung der Atomkraft zügig verzichtet wird“, umreißt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke den Standpunkt der Bürgerinitiative. Die BI beharre darauf, daß alle Formulierungen im BMU-Entwurf getilgt werden, die „deutlich auf Gorleben zugeschnitten sind“. ●

Atommüll

Keine rechtlich verpflichtende Beteiligung an den Stilllegungskosten der Asse II für AKW-Betreiber

Insgesamt fast drei Viertel der in der Schachanlage Asse II bei Wolfenbüttel eingelagerten Aktivität stammen von den Energieversorgungsunternehmen (EVU) und mehr als zwei Drittel davon aus dem Wiederaufarbeitungsprozeß von abgebrannten Brennelementen, die von den Energie-

versorgungsunternehmen an die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe geliefert wurden. Das erklärt das Bundesumweltministerium (BMU) in einem Hintergrundpapier vom 5. März 2009² und bestätigt damit frühere Aussagen von Greenpeace. Von 1967 bis 1975 wurden dem BMU zufolge keine Gebühren für die Einlagerung von radioaktiven Abfällen erhoben. Bis dahin sei bereits etwa die Hälfte der Gebinde in der Schachanlage Asse II eingelagert worden. Ab Dezember 1975 bis zum Ende der Einlagerung im Jahr 1978 seien dann Gebühren in Höhe von DM 150 (für Behälter bis 700 Kilogramm Gewicht und mit Dosisleistungen bis 100 Millirem pro Stunde) bis DM 3.700 (für Behälter bis 1.250 Kilogramm und mit Dosisleistungen bis 1.000 Millirem pro Stunde) erhoben worden. Insgesamt sind demnach von den AKW-Betreibern umgerechnet lediglich etwa 900.000 Euro bezahlt worden. Die Kosten für Betrieb und Verfüllung der Schachanlage Asse II seien bis zum 31. Dezember 2008 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen worden und ab dem 1. Januar 2009 würden die erforderlichen Haushaltsmittel nun dem BMU zugewiesen. Die Kosten für die Stilllegung seien allein vom Bund, und auch nicht teilweise vom Land zu tragen. Eine rechtlich verpflichtende Beteiligung der Energieversorgungsunternehmen (EVU) an den Stilllegungskosten der Asse hätte

² http://www.bmu.de/atomenergie_ver_und_entsorgung/downloads/doc/43367.php

zudem vor der Ablieferung der Abfälle mit den EVU vereinbart werden müssen, heißt es in dem BMU-Papier. Das sei jedoch nicht geschehen.

Deshalb schlägt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel jetzt die Erhebung einer Brennstoffsteuer als Ausgleich vor: „Es ging bei der Schachanlage von Anfang an weniger um Forschung, als um die vermeintlich billige Entsorgung von Atommüll“, sagte der Bundesumweltminister am 11. März 2009 in Berlin. „Die vier großen Energieversorger verdienen mit ihren Atomkraftwerken bis heute Tag für Tag Millionenbeträge. Deshalb kann es nicht angehen, daß allein die Steuerzahler für die Milliardenkosten zur Schließung der Asse aufkommen. Deshalb brauchen wir eine Brennstoffsteuer. Nur so können die Mitverursacher des Asse-Desasters wenigstens noch indirekt zur Mitfinanzierung der Sanierungskosten herangezogen werden.“

Obwohl offiziell als „Forschungsbergwerk“ ausgewiesen, war die Schachanlage Asse in zahlreichen Genehmigungen von Atomkraftwerken als Atommüll-Endlager aufgeführt worden.

Neue Geschäftsführer für die Asse GmbH bestellt

Laut Mitteilung vom 16. März 2009 hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel jetzt für die mit dem bergbaulichen Betrieb beauftragte und zu Jahresbeginn 2009 gegründete Asse GmbH zwei neue Geschäftsführer bestellt. Neuer technischer Geschäftsführer ist nun der Abteilungsleiter im Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) Dr. Ulrich Kleemann. Die kaufmännische Geschäftsführung übernimmt der frühere Regierungspräsident von Hannover Prof. Dr. Hans-Albert Lennartz. Kleemann ist seit 2004 Leiter des Fachbereichs „Sicherheit nuklearer Entsorgung“ beim BfS und für die Endlagerprojekte Morsleben, Schacht Konrad und

Gorleben verantwortlich. Er soll die neue Position für ein Jahr übernehmen. Mit der Asse ist Kleemann bereits seit Frühjahr 2007 betraut, zunächst als fachlicher Berater des Bundesumweltministeriums. Er leitet zudem die Expertengruppe Schweizer Tiefenlager (EschT), die den Begleitprozeß zum Schweizer Standortauswahlverfahren auf deutscher Seite fachlich unterstützt. Kleemann übernimmt die technische Geschäftsführung von Dr. Detlev Eck. Lennartz verfügt dem BMU zufolge über umfangreiche Erfahrung in Wirtschaft und Verwaltung sowie konkrete Kenntnisse bei der nuklearen Entsorgung. Er arbeitete unter anderem bei der hannoveraner Niederlassung des Beratungsunternehmens WIBERA Wirtschaftsberatung AG, wo er für Projekte zur Reorganisation der staatlichen Rechnungsprüfung und der Etablierung von Zielvereinbarungssystemen bei Behörden und öffentlichen Unternehmen verantwortlich war. Außerdem war er für den Arbeitskreis Endlagersuche (AkEnd) tätig, der 2002 im Auftrag des BMU ein neues Standortsuchverfahren für die Endlagerung entwickelt hatte, wobei Lennartz die Aufgabe hatte, ein Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung zu entwickeln. Davor war Lennartz Regierungspräsident in Niedersachsen und Mitglied des niedersächsischen Landtages. ●

Strahlenschutz

Keine wissenschaftliche Neuausrichtung des BfS

Die wissenschaftlich hohe Reputation des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) im Bereich des Strahlenschutzes stehe „außer Frage“ erklärte die Bundesregierung in ihrer

Antwort vom 11. März 2009 (Bundestagsdrucksache 16/12 216¹) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion (16/11794) zur wissenschaftlichen Fachkompetenz des Bundesamtes, ob das BfS seit April 2006 den Anteil eigener Forschung intensiviert habe, um eine entsprechende Beratung im Bereich der Kernenergie und des Strahlenschutzes bieten zu können. Das BfS habe von 2004 bis 2008 etwa 380 wissenschaftliche Veröffentlichungen publiziert und im Bereich der kerntechnischen Kompetenz sei zudem in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium (BMU) ein Stufenplan zum Aufbau der erforderlichen wissenschaftlich-technischen Kompetenz entwickelt worden, heißt es in der Regierungsantwort.

Im Mai 2006 hatte der Wissenschaftsrat in einer Stellungnahme gravierende Mängel bei der Fachkompetenz des BfS konstatiert und dem BMU eine Reihe von Empfehlungen gegeben, dem abzuweichen.² Über deren Umsetzung soll im Mai 2009 berichtet werden. In der Vorbemerkung ihrer Antwort weist die Bundesregierung jetzt darauf hin, daß es sich beim BfS um eine wissenschaftlich-technische Behörde mit Forschungsbezug handele. Ihr Forschungszweck sei es, bei der Anwendung des Atom- und Strahlenschutzrechts den Stand von Wissenschaft und Technik zu gewährleisten. Eine grundlegende Neuausrichtung des BfS, wie sie der Wissenschaftsrat gefordert hatte, komme aber nach Meinung einer von BMU und BfS gemeinsam bestellten Gutachtergruppe mit Experten aus der öffentlichen Verwaltung, bestehend aus Prof. Dr. Hans Peter Bull, Prof. Dr. Dr. Klaus

König und Rechtsanwalt Senator a.D. Jörg Kuhbier, „nicht in Betracht“. Denn die neben der Verwaltungskompetenz benötigte wissenschaftlich-fachliche Kompetenz könne vom BfS „nicht monokausal mit (Eigen)Forschung begründet werden“. ●

Buchmarkt

Öl, Atom und Eichmann: chatting with Sokrates

Es ist unglaublich, wie lange Staatsgeheimnisse und insbesondere die Geheimnisse der Geheimdienste, der Militärs und – der Atommafia – geheim bleiben können. Stückchen für Stückchen läßt sich erst seit wenigen Jahren eine ganz andere Geschichte der deutschen Atombombe rekonstruieren, als wir sie in den Geschichtsbüchern nachlesen können. Gabriele Weber gehört zu der nahezu ausgeroteten Spezies der investigativen Journalisten. Sie hat sich intensiv mit den schlimmsten Geheimdiensten der Welt befaßt: mit der Stasi, dem CIA, dem russischen FSB, dem BND, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Mossad. Sie ist mehrfach vor Gericht gezogen, um Akteneinsicht zu bekommen – beim BND, beim BKA, beim Bundesamt für Verfassungsschutz und bei der Berliner Polizei. Sie hat eine zweite Heimat in Argentinien und nervt auch dort – sie greift die korrupten und gewalttätigen argentinischen Gewerkschaften ebenso an wie die dortigen Untaten von Mercedes Benz. Ihr jüngstes Werk hat eine besondere Qualität. Gabi Weber legt erstmals ein Theaterstück vor, sie folgt in der Form großen Vorbildern: Dialoge waren im alten Griechenland sehr geschätzt, um philosophische Probleme kurzweilig und

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/122/1612216.pdf>

² Strahlentelex 466-467 vom 1.06.2006, www.strahlentelex.de/Stx_06_466_S02-06.pdf